



Informationen Ihres Europaabgeordneten

Dr. Christian Ehler, CDU/EVP

Liebe Brandenburgerinnen, liebe Brandenburger,

In dieser April-Ausgabe möchte ich Sie über die wichtigsten europapolitischen Themen aus Straßburg und Brüssel informieren. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre und unserer Europapolitik!

- 1. Intergroup Kreativwirtschaft trifft EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft Günther Oettinger**
- 2. Abstimmungen zu EFSI und Beginn des politischen Triloges**
- 3. Europäische Plenarsitzung zur Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten**
- 4. Reform der Biokraftstoffpolitik**
- 5. EVP-Fraktionssitzung in Mailand zum Thema Flüchtlingskatastrophen**

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin unseren Dialog über die Europapolitik fortsetzen können!

Mit den besten Grüßen,

Ihr

Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130

B-1047 Bruxelles
Tel.: +32 228 45325
Fax: +32 228 49325
E-mail: christian.ehler@europarl.europa.eu

Europäisches Parlament
Allée du Printemps
Bât Louise Weiss T 10007
F-67070 Strasbourg
Tel.: +33 3881 75325
Fax: +33 3881 79325

Europabüro/CDU Brandenburg
Gregor Mendel Strasse 3
D-14469 Potsdam
Tel.: +49 331 200 85 720
Fax: +49 331 200 85 719
E-mail: info@christian-ehler.de

1. Intergroup Kreativwirtschaft trifft EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft Günther Oettinger

Am Dienstag, den 21. April 2015 war Günther Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, zu Gast bei der Intergroup "Creative Industries in Europe". Bei diesem internen Austausch mit Herrn Dr. Christian Ehler und den Mitgliedern der Intergroup des Europäischen Parlaments wurden mit dem EU-Kommissar wichtige Fragen zu Copyright und der Kreativindustrie besprochen. Anlässlich der anstehenden Copyrightreform und der digitalen Entwicklung gibt es gerade hier großen Gesprächsbedarf.



Weitere Informationen zur Arbeit der Intergroup finden Sie [HIER](#).

Mehr zu der Arbeit von EU-Kommissar Oettinger können Sie [HIER](#) nachlesen.

Weiterführende Informationen zur Digitalen Agenda gibt es [HIER](#).

2. Abstimmungen zu EFSI und Beginn des politischen Triloges

Im Rahmen der Verhandlungen um die Finanzierung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) wurde am Montag, den 20.04.2015, ein deutliches Zeichen gesetzt. Mit großer Mehrheit haben Haushalts- und Wirtschaftsausschuss gegen die Kürzung von € 2,7 Milliarden des Horizont2020-Budgets gestimmt. Der EFSI zielt darauf ab, in den nächsten drei Jahren private Investitionen in Höhe von € 315 Milliarden zu mobilisieren und dadurch die große Investitionslücke, die sich seit der Finanzkrise 2008 in Europa gebildet hat, zu schließen.

Des Weiteren wurde abgestimmt, dass die Kultur- und Kreativindustrien als eigener Investitionsbereich in den EFSI aufgenommen werden sollen. Die Entscheidung spiegelt das enorme Wachstumspotenzial dieses Sektors im Zuge der digitalen Agenda wider.

Anschließend an die Abstimmung beginnt nun der politische Trilog zwischen Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und dem Rat der Europäischen Union, indem die konkrete Mittelverteilung verhandelt wird.

3. Europäische Plenarsitzung zur Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten

Auf der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dass die Verwendung von Kunststofftüten verringert werden muss. Vor allem in den Weltmeeren gibt es riesige Ansammlungen von Plastikmüll, die sich gravierend auf die Umwelt auswirken. Fische und Vögel fressen kleine Plastikpartikel, die dadurch auch in die Nahrungskette des Menschen gelangen.

Die Abstimmung sieht eine Richtlinie vor, welche den Verbrauch von leichten Plastiktüten bis zum Jahr 2019 auf maximal 90 Tüten pro Kopf und Jahr einschränkt. Bis 2025 wird ein Verbrauch von nur noch 40 Tüten pro Kopf und Jahr angestrebt. Ausgenommen von der Regelung sind besonders dicke, wiederverwendbare Plastiktüten über 50 Mikron sowie dünne Tüten unter 15 Mikron.

Den Mitgliedstaaten wird es selbst überlassen, wie sie die neue Richtlinie durchsetzen wollen. Sie können unter anderem die Benutzung von Plastiktüten verbieten oder aber Anreizsysteme für die Wiederverwendung von Plastiktüten schaffen. Irland und die skandinavischen Länder konnten bereits erste Erfolge mit letzterem Lösungsansatz verbuchen und nehmen so eine Vorreiterrolle im Kampf gegen Plastikmüll ein.

[HIER](#) finden Sie die dazugehörige Pressemitteilung der EVP-Fraktion.

4. Reform der Biokraftstoffpolitik

Die EU setzt sich bereits seit mehr als 10 Jahren für die Verwendung von CO₂-neutralem Biotreibstoff ein. Hierfür wurden bisher hauptsächlich ölsäurehaltige Pflanzen wie Raps oder Weizen angebaut, deren Einsatz aber in den letzten Jahren in Kritik geriet. Nicht nur brachten sie nicht die erhofften CO₂-Einsparungen, sondern sie verdrängen auch den Anbau von essbaren Pflanzen. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise lässt sich unter anderem auf diese Problematik zurückführen. In Zukunft soll der Fokus folglich verstärkt auf reine Energiepflanzen und Abfälle gesetzt werden. So stimmte das Europäische Parlament am 28. April 2015 ab, dass der Einsatz von essbaren Pflanzen zur Verwendung von Biotreibstoff begrenzt werden soll.

Weitere Informationen zu dieser Thematik finden Sie [HIER](#).

5. EVP-Fraktionsvorstand in Mailand zum Thema Flüchtlingskatastrophen

Die aktuellen Flüchtlingskatastrophen und die anhaltende Migrationsdebatte gehören zu den zentralen inhaltlichen Punkten, die in der Straßburg-Woche des Europäischen Parlaments vom 27. - 30. April 2015 diskutiert wurden. Vorab ist der EVP-Fraktionsvorstand am Mittwochabend, den 22. April 2015, nach Mailand (Italien) gereist, um sich mit dem EU-Ratspräsidenten Donald Tusk über die Flüchtlingsproblematik zu beraten. Erst kürzlich, am Sonntag, den 19. April 2015, kamen bis zu 800 Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer zu Tode.



Quelle: <http://www.eppgroup.eu/de/press-release/EPP-Group-to-discuss-EU-migration-and-trade-policy-in-Milan>

Die EVP-Fraktion forderte auf ihrer Tagung in Mailand eine Quotenverteilung für Asylbewerber zwischen den EU-Staaten sowie einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus. Dabei soll diese Quote die Größe und Einwohnerzahl eines jeden Landes, die wirtschaftliche Situation und die Zahl der Asylbewerber berücksichtigen. Flüchtlinge seien nicht nur die Aufgabe einzelner Mitgliedsländer, sondern eine Herausforderung für ganz Europa. Darüber hinaus haben die schnelle Aufstockung der Seenotrettung im Mittelmeer, die Stärkung von FRONTEX sowie der Aufbau einer EU-Grenz- und Rettungsmission höchste Priorität.

Zur [Pressemitteilung](#) der EVP-Fraktion.